

Sommersession 2012 der eidgenössischen Räte

Strategie des Bundes für die Berggebiete und den ländlichen Raum

Markus Stadler, Ständerat

Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat vor wenigen Tagen eine Motion überwiesen, die vom Bundesrat die Entwicklung einer zusammenpassenden Strategie des Bundes für die Berggebiete und den ländlichen Räume verlangt. Die Motion wurde gegen den Willen des Bundesrats überwiesen. Die künftige Strategie muss sowohl generelle Grundsätze und Leitlinien enthalten als auch konkrete Schritte zur Umsetzung aufzeigen. Im Weiteren wird verlangt, dass sie den Aspekten Bevölkerung, Wirtschaft, natürliche Ressourcen und dezentrale Besiedlung Beachtung schenkt. Ein besonderer Wert wird zudem auf die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, Regionen und Gemeinden gelegt.

Die Annahme der Motion ist eine Kritik an der seit 2008 in Kraft stehenden neuen Regionalpolitik (NRP). Heute fehlt der Regionalpolitik des Bundes ein ausdrücklicher übergeordneter strategischer Rahmen, der aufzeigt, in welche Richtung sich die Berggebiete und ländlichen Räume entwickeln sollen. Ein verdecktes Problem dabei ist, dass der Bundesrat und seine Verwaltung stillschweigend sehr wohl Annahmen und Wertungen über das Berggebiet und den ländlichen Raum anstellen, ohne sie ist politische Arbeit gar nicht möglich. Nur sind sie sich dessen möglicherweise weniger bewusst; vor allem aber sind diese Hintergrundgedanken nicht öffentlich bekannt. Vielleicht gehen diese Theorien einfach davon aus, eine Förderung der Zentren werde dann schon genügend grosse Entwicklungswellen bis in die entlegenen Gebiete tragen.

Vom Bund wird nun erwartet, dass er ein klares Bekenntnis zugunsten einer dezentralen Besiedlung des Landes ablegt. Nachhaltig wäre nicht nur dezentrales Wohnen, sondern auch Arbeiten. Die täglichen Verkehrsengpässe führen das vor Augen. Der Bund soll auch für die Berggebiete und die ländlichen Räume wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven aufzeigen. Der Alpenraum und der Jura dürfen nicht zum reinen Ergänzungs-, Verkehrs- und Erholungsraum für die Städte und Agglomerationen degradiert werden. Diese Gebiete verfügen über eigenständige Potenziale, die entwickelt und gefördert werden müssen. Dafür sind sie auf eine wirksame Unterstützung durch die verschiedenen Sektoralpolitiken des Bundes angewiesen. Dazu gehören nicht zuletzt die Wirtschafts-, die Landwirtschafts-, die Wald-, die Energie- und die Verkehrspolitik. Dazu gehört in zentraler Weise ein wirksamer Finanz- und Lastenausgleich im Dreieck Bund-Kantone. Damit diese Sektoralpolitiken eine optimale Wirkung entfalten, müssen sie besser aufeinander abgestimmt werden. Dabei genügt es nicht, dass sich vier Bundesämter alle paar Monate zwecks Koordination treffen. Vielmehr braucht es klare strategische

Vorgaben des Bundesrats, welche die zukünftigen wirtschaftlichen Perspektiven der Berggebiete und ländlichen Räume aufzeigen.

Die Motion ist aber auch eine Reaktion auf die zunehmende wirtschaftliche und politische Bedeutung der Städte und der grossen Agglomerationen des Mittellandes. Die Bundespolitik hat sich in den letzten Jahrzehnten unter verschiedenen Titeln auf die wirtschaftlichen Zentren des Landes konzentriert und umgekehrt die Berggebiete und ländlichen Räume eher vernachlässigt. Hinzugekommen sind eigentliche Provokationen, beispielsweise der Denkfabrik „Avenir Suisse“, welche die Entleerung des Alpenraums unter dem Begriff „Alpenbrache“ propagierte. Es ist Zeit, Gegensteuer zu geben. Ein Viertel der Bevölkerung lebt in Berggebieten oder ländlichen Regionen. Der Bund muss die Entwicklung dieser Gebiete ernst nehmen und aufzeigen, wo ihre Zukunftschancen – aus der Sicht des Bundes - liegen, vor allem in Bezug auf ihr industrielles, energetisches und touristisches Potenzial.

Wir, die wir in den sogenannten peripheren Gebieten leben, wollen also weder warten, bis etwas vom Tisch der „Grossen“ fällt, noch am „Brenner“ in „Ballenberg“ wohnen. Gefragt ist aber nicht nur eine bessere Politik des Bundes, sondern nach wie vor auch unsere eigene Gestaltungskraft.

(erschieden in UW und NUZ im Juni 2012)

15.6.2012